

Wettbewerb der Systeme: Ein Thema von gestern?

1. Nach dem Ost-West-Konflikt: offene Fragen

Das Ende des Kalten Krieges, die Auflösung des sowjetischen Herrschaftsbereiches in Osteuropa und anschließend der Sowjetunion selbst haben im Westen zu vielen unterschiedlichen Reaktionen geführt. Eine davon ist eine Art Triumphalismus des Westens. Der Westen hat den Kalten Krieg gewonnen, die Überlegenheit seiner politischen Ordnung ebenso wie seiner Wirtschaftsordnung liegt offen zu Tage - wozu also sich mit Fragen des Systemwettbewerbs befassen, nachdem der Wettbewerb eindeutig entschieden ist?

Verbreitet ist aber auch eine Sicht des Ost-West-Konfliktes, die ihn als historisch einmaligen Prozeß auffaßt. Auch diese Auffassung ist leicht zu verstehen. In bezug auf bestimmte Attribute des Konflikts - etwa seine globale Reichweite, die Rolle, die Kernwaffen und weitreichende Trägersysteme gespielt haben, sein Hineinwirken in alle Lebensbereiche einschließlich Kultur und Religion - war er in der Tat *sui generis*. Trotzdem wird im

folgenden die Auffassung vertreten und begründet, daß beide Sichtweisen in die Irre führen. Als Konflikt, in dem es auch und besonders um die Ausbreitung alternativer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen ging, war der Ost-West-Konflikt weniger einzigartig, als es vielen Zeitgenossen und Kommentatoren erschien. Dieser Anschein konnte entstehen, weil die historische Perspektive sich - nicht nur für die außerwissenschaftliche Diskussion - stark verkürzt hat. Selbst in den Wissenschaften, zu deren Untersuchungsobjekten politische Institutionen und Wirtschaftsordnungen gehören, beschränkt sich das Blickfeld häufig auf europäisch-amerikanische Geschichte des 20. Jahrhunderts. Eine solche Verkürzung der Perspektive ist gerade bei der Frage nach dem Potential und den Gefährdungen freiheitlicher Ordnungen nicht zu verantworten.

Daher wird nach einer einleitenden Präzisierung der Begriffe der "Ordnung" sowie des "Systems" und des "Systemwettbewerbs" die Betonung der Einzigartigkeit des Ost-West-Konflikts zunächst mit der historischen Evidenz einiger heute wenig bekannter früherer Fälle von Systemrivalität konfrontiert. Im darauf folgenden Abschnitt geht es um Erklärungen für das Entstehen und den Verlauf solcher Konflikte, also um Ansätze einer Theorie des Wettbewerbs der Systeme. Der Schlußabschnitt versucht eine Antwort auf die Frage, ob damit zu rechnen ist, daß die Demokratie und die Marktwirtschaft, die seit 1989 in den Ländern Osteuropas rivalisierende Ordnungen verdrängt haben oder dabei sind, es zu tun, ihrerseits wieder unter Konkurrenzdruck geraten.

Sowohl der Begriff der Ordnung wie der des Systems werden in den folgenden Ausführungen im Sinne Euckens gebraucht, wobei "Ordnung" deskriptiv zu verstehen ist (also nicht in der Bedeutung von Euckens zweitem, normativen Ordnungsbegriff; siehe dazu Eucken, 1975, S. 372-373). "Systeme" sind demgemäß, im Gegensatz zu "Ordnungen", nicht Bezeichnungen empirisch vorfindbarer Institutionengefüge, sondern extremtypische Begriffe, Ergebnisse "pointierend-hervorhebender Abstraktion" im Sinne Euckens, die heuristisch wertvoll sind, nicht obwohl, sondern weil sie dominierende Merkmale realer Ordnungen begrifflich zu Extremwerten steigern (Eucken, 1940, S. 193-195; vgl. Hempel, 1965, S. 87-90). Keine reale politische Ordnung entspricht voll dem extremtypischen Begriff der Demokratie, ebenso wie keine reale Wirtschaftsordnung nur Marktwirtschaft oder Verkehrswirtschaft (Eucken, 1940, S. 103-144) ist. Solche Abstraktionen sind trotzdem für die Theoriebildung und -weiterentwicklung - nicht nur in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften - unentbehrlich (hierzu sowie zur Abgrenzung zwischen Extremtypen und Idealtypen insbesondere Hempel, 1965).

Soweit sich konkrete Ordnungen wegen ihrer dominierenden Merkmale (beispielsweise: Vertragsfreiheit, oder ihr Fehlen) einem Systembegriff wie Marktwirtschaft oder Zentralverwaltungswirtschaft zuordnen lassen, entsteht auch die Möglichkeit, daß die Zuordnung in einem späteren Beobachtungszeitpunkt revidiert werden muß. Die Wirtschaftsordnung der Tschechoslowakei im Jahre 1925 ließ sich

als "Marktwirtschaft" bezeichnen, die des Jahres 1955 nicht. Ordnungen eines bestimmten Typs wurden und werden im geschichtlichen Ablauf immer wieder durch Ordnungen eines anderen Typs ersetzt. Dies gilt auch für politische Ordnungen (Verfassungen): Sowohl Argentinien wie Griechenland standen 1970 unter Militärdiktaturen; zwanzig Jahre später waren diese in beiden Ländern durch Demokratien ersetzt worden. In beiden Fällen kann von einer Transformation von Ordnungen gesprochen werden.

Die Frage ist berechtigt, inwiefern die Beobachtung solcher Vorgänge es rechtfertigt, von einem Wettbewerb unter Ordnungen oder "Wettkampf der Systeme" zu sprechen. Zwar ist seit Jahrzehnten, insbesondere in Phasen der Intensivierung des "Kalten Krieges", in zahllosen wissenschaftlichen und außerwissenschaftlichen Diskussionen von einem "Wettkampf" oder "Wettbewerb der Systeme" die Rede gewesen. Es bestand also weithin Einigkeit darüber, daß ein weltgeschichtlicher Prozeß ablief, der diese Bezeichnung verdiente. Darin waren, bei allen Unterschieden der Bewertungen, "Linke" und "Rechte" - und alle übrigen - sich einig. Es gab und gibt auch kein erhöhtes Risiko von Mißverständnissen, wenn statt von einem Wettbewerb der Systeme von einem Wettbewerb unter Ordnungen gesprochen wird, soweit Ordnungen eindeutig einem bestimmten Systemtyp zugeordnet, sozusagen als seine Repräsentanten betrachtet werden können. So können die amerikanische und die britische Wirtschaftsordnung

trotz Unterschieden im institutionellen Detail eindeutig dem System "Marktwirtschaft" zugerechnet werden.

In jüngster Zeit wurde jedoch aus anderen Gründen die Auffassung vertreten, daß von einem "Wettbewerb der Systeme" nicht sinn-voll gesprochen werden könne; "Wettbewerb" sei nur zwischen Indivi-duen möglich (Vaubel, 1991). Dahinter steht die Auffassung, daß "Wettbewerb" zielgerichtetes, internationales Verhalten der Beteiligten impliziert. Dann allerdings würde es keinen Sinn machen, von Wettbe-werb der Systeme zu sprechen. Bezeichnet man aber mit diesem Ausdruck nur die Ausbreitungs-, Verdrängungs- und Selektionsvor-gänge, die sich zwischen, unterschiedlichen Ordnungen abspielen und auf ihre Systemmerkmale zurückführbar sind, dann besteht das begriffliche Problem nicht. Von einem Wettbewerb der Systeme ist dann, "nur in demselben übertragenen Sinn die Rede wie etwa von einem Wettbewerb unterschiedlicher Problemlösungen für ein Problem der Ingenieurwissenschaften. Auch die als "Ordnungen" bezeichneten In-stitutionenkomplexe repräsentieren Problemlösungen; zu erklären ist hier wie dort die Verdrängung bestimmter Problemlösungen durch andere.

II. Systemkonkurrenz vor dem Ost-West-Konflikt

Wenn unter "Wettbewerb der Systeme" die empirisch beobachtbare Ausdehnung bestimmter Systemtypen auf Kosten anderer zu verstehen ist, dann bietet das historische Material eine überwältigende Fülle von Beispielen. Es dürfte eher schwerfallen, eine Geschichtsperiode zu entdecken, in der keine solchen Veränderungsvorgänge abgelaufen sind. "Wettbewerb der Systeme" ist in diesem Sinn nicht nur kein einmaliger Vorgang, sondern ein universales Phänomen. Allerdings verliefen Ausbreitung und Veränderung institutioneller Muster über ausgedehnte Perioden sehr langsam. Sie können völlig unbemerkt verlaufen. Dies ist so lange möglich, wie Gesetze, Konventionen und andere soziale Normen als ewig gültig - weder abänderbar noch ersetzbar - aufgefaßt werden. Erst anhaltende, sich wiederholt zuspitzende soziale Krisen können wie schon bei den späten Vorsokratikern zu der Erkenntnis führen, daß Institutionen nicht von Natur aus (physei), sondern kraft - vielleicht sogar stillschweigenden - Übereinkommens oder autoritativer Setzung (thesei) gelten, ohne daß dies Willkür impliziert (Popper, 1962, S. 57-66, 176-177; Hayek, 1973, S. 20-21). Damit wird die Umgestaltung einer bestehenden oder die Errichtung einer neuen Ordnung eine Angelegenheit vergleichender Bewertung und bewußter Entscheidung. Solche Entscheidungen sind ebenso Elemente eines nach dem Trial-and-error-Prinzip arbeitenden

Anpassungsprozesses wie die nicht erkannte, daher nicht reflektierte Entstehung und Ausbreitung von Ordnungen; sie unterscheiden sich von diesem älteren Typ des Systemwettbewerbs durch das unvergleichlich höhere Tempo des Selektionsprozesses. Das Erlernen bestimmter Verhaltensmuster und das Verlernen anderer können in Bruchteilen der Lebensspanne von Individuen bewältigt werden; die quasibiologische Selektion auf der Ebene menschlicher Sozialverbände, die Gesellschaften mit bestimmten Ordnungen prosperieren und sich ausdehnen, andere stagnieren, verarmen, schließlich verschwinden läßt, arbeitet dagegen weitaus langsamer.

Zugleich ergibt sich erst aus bewußten Lern- und Entscheidungsprozessen bezüglich alternativer Ordnungen ein mehr oder weniger reichhaltiger literarischer Niederschlag. Gut oder doch leidlich historisch dokumentiert sind Systemrivalitäten meist erst in den Fällen, wo die Zeitgenossen den Konflikt bewußt erlebt haben. Aus diesem Grund, aber auch deshalb, weil der Ost-West-Konflikt eindeutig dieser zweiten, "moderneren" Kategorie von Systemwettbewerben angehört, werden die historischen Beispiele im folgenden dieser Kategorie entnommen. In diesen Beispielen geht es allerdings im Gegensatz zum Ost-West-Konflikt unmittelbar nur um Transformationen politischer Ordnungen, obwohl sekundär auch die Wirtschaftsordnungen erheblich tangiert wurden. Erst die Technologie des 20. Jahrhunderts hat es ermöglicht, daß Zentralverwaltungswirtschaft aus einer Utopie zu einem katastrophal verlaufenden Lehrstück des totalitären social

engineering auf der Bühne der Weltgeschichte wurde (vgl. Wittfogel, 1957, S. 111-112). Diese Erfahrung blieb früheren Generationen erspart.

Substitution der gegebenen politischen oder wirtschaftlichen Ordnung eines Landes durch eine neue war im 20. Jahrhundert in einigen Fällen überwiegend exogen, in anderen stärker endogen verursacht. Zu der ersten Kategorie gehören die zahlreichen Fälle eines Ordnungsoktrois mit Hilfe politischen oder militärischen Drucks, so der "Export der Revolution" in ost- und mitteleuropäische Länder mit Hilfe der Roten Armee nach 1944. Auch die Staats- und Wirtschaftsverfassungen Japans und Westdeutschlands nach 1945 wären nicht ohne Geburtshilfe der Besatzungsmächte entstanden. Daneben stehen, besonders seit 1989, zahlreiche und markante Fälle einer überwiegend endogen bedingten Übernahme alternativer Ordnungen.

Wie durch den Ausdruck "überwiegend" angedeutet, kombinieren sich endogene und exogene Faktoren in wechselnden Gewichtsverhältnissen. Die zweite deutsche Demokratie kam nicht ohne Einwirkung der Besatzungsmächte zustande, aber ein charakteristisches und gewichtiges Detail der deutschen Verfassung wie das konstruktive Mißtrauensvotum erklärt sich rein endogen, aus politischen Erfahrungen der Weimarer Zeit. Als überwiegend endogen verursacht sind auch die Ordnungstransformationen durch blutige oder unblutige Revolutionen zu klassifizieren. So ist etwa die Errichtung der kommunistischen Diktatur in China 1949, verglichen mit den etwa

gleichzeitigen Vorgängen in Ungarn oder der Tschechoslowakei, trotz des Zusammenhangs mit den Kriegseignissen bis 1945 ganz überwiegend endogen bedingt gewesen.

Die Umwälzungen seit 1989 haben lebhaft daran erinnert, daß nach der Niederlage der Achsenmächte 1945 die Errichtung kommunistischer Herrschaftssysteme in Ost- und Mitteleuropa wesentlich mit direkter oder indirekter Unterstützung durch die Rote Armee erfolgte. Andererseits waren die meisten der mit Deutschland und Italien verbündeten kleineren Staaten nicht zufällig autoritäre Diktaturen. Heute weitgehend in Vergessenheit geraten sind dagegen einige historische Vorgänge des 20. Jahrhunderts vor dem Zweiten Weltkrieg, die eindeutig Versuche einer "Projektion" der eigenen politischen Ordnung auf andere Staaten enthalten. Das wichtigste Beispiel dieser Art ist die von den Vereinigten Staaten nach ihrem Kriegseintritt 1917 gegenüber Deutschland verfolgte Politik. Diese Politik machte im Sinne des Prinzips "make the world safe for democracy" nach den militärischen Rückschlägen für Deutschland im Spätsommer 1918 die Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen von einer Demokratisierung der politischen Ordnung in Deutschland abhängig. Präsident Wilson strebte - im Einklang mit der schon von Aufklärern wie Montesquieu und Kant vertretenen Lehre - Friedenssicherung durch Ausbreitung der Demokratie an. Nur wenig später begann das aus Revolution und Bürgerkrieg entstandene bolschewistische Rußland seinerseits mit Versuchen, sein Modell der Einparteiendiktatur zu exportieren. Während diese

Versuche im Baltikum und in Polen zunächst fehlschlagen, führten sie im Osten 1921 zur Errichtung der ersten kommunistischen Satellitenstaaten, der Mongolei und Tannu-Tuwas (vorher, unter chi-nesischer Suweränität: Urjangchai), das dann 1944 von der Sowjetunion annektiert wurde.

Ebenso wie diese partielle Vorwegnahme des Systemkonflikts seit 1945 sind analoge Vorgänge aus der Zeit der Französischen Revolution und Napoleons kaum in Erinnerung geblieben. Die französischen Siege im ersten Koalitionskrieg führten außer zu französischen Annexionen linksrheinischer Gebiete zur Errichtung von "Schwesterrepubliken", Satellitenstaaten mit einer nach französischem Muster gestalteten Verfassung. Als erste entstand in den 1795 besetzten Niederlanden die "Batavische Republik", nach Bonapartes Eroberung von Mailand dann 1797 in der Lombardei die "Cisalpinische Republik", um Genua die "Ligurische Republik". 1798 folgten in der Schweiz die "Helvetische Republik", in Mittel- und Süditalien die "Römische" und 1799 die "Parthenopäische Republik" (Neapel). Unter der Herrschaft Napoleons wurden aus einigen dieser "Schwesterrepubliken" Satellitenkönigreiche, so 1806 in den Niederlanden und Neapel unter Napoleons Brüdern Louis und Joseph. Zu ihnen kamen weitere Satellitenfürstentümer in den Rheinbundstaaten. Ein anderer Bruder Napoleons, Jerome, erhielt 1807 das neu geschaffene Königreich Westfalen.

Die Errichtung eines Satellitenstaates war, wie später im Fall Tannu-Tuwas, in einigen Fällen Vorstufe der Annexion durch

Frankreich, zum Beispiel in den Niederlanden und in Genua. Das Vorbild der Hegemonialmacht prägte in allen Fällen die Institutionen der von Frankreich abhängigen Staaten weitgehend.

Nach Napoleons Niederlage 1815 betrieben die Mächte der Heiligen Allianz eine internationale Ordnungspolitik mit umgekehrten Vorzeichen, mit dem Ziel, nicht nur den durch den Wiener Kongreß geschaffenen territorialen Besitzstand zu erhalten, sondern überall auf dem Kontinent eine weitere Liberalisierung der politischen Ordnung zu verhindern. Diese Festschreibung der Restauration hatte zwar nur wenige Jahre - zuletzt mit der Unterdrückung der spanischen Revolution 1823 - vollen Erfolg. Immerhin folgte etwa die russische Außenpolitik noch über die Revolution von 1848 hinaus dieser Linie; noch die Niederwerfung der ungarischen Revolution 1849 durch eine russische Armee läßt sich als Fortsetzung der Politik der Heiligen Allianz interpretieren.

Im einzelnen zeigten alle diese Versuche, die eigene politische Ordnung über die eigenen Grenzen hinaus zu projizieren, oder gerade solche Ordnungstransfers zu verhindern, daß immer einheimische politische Kräfte beteiligt waren und eine Ordnungstransformation in keinem Falle rein exogen zustandekam. Dies gilt für die zwischen 1789- 1849 erfolgten oder verhinderten Transformationen ebenso wie für die Periode ab 1914.

Es gilt auch für einen anderen Systemwettbewerb, der sich über zweitausend Jahre vorher abgespielt hat. Sparta und Athen waren im 5. Jahrhundert v. Chr. nicht nur Hegemonialmächte

gegnerischer Bündnisse, sondern Athen galt als Vorkämpfer der Demokratie, während Sparta im Ruf stand, einerseits Gegner der Tyrannis, andererseits Schutzmacht der Oligarchie zu sein. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, war dieses zeitgenössische Urteil berechtigt. Innerhalb des von Athen beherrschten Delisch-Attischen Bundes durften nur drei autonom gebliebene Mitglieder (Lesbos, Chios und bis 440 v. Chr. Samos) über ihre Verfassung selbst entscheiden; in allen anderen sorgte die athenische Politik dafür, daß die Demokratie eingeführt oder beibehalten wurde. Selbst in militärisch bedrängter Lage, während des Peloponnesischen Krieges, gestanden die Athener "nur ausnahmsweise . . . einer untertänigen Stadt ausdrücklich freie Hand bei der Einrichtung ihrer Verfassung zu" (Busolt, 1926, S. 1354, vgl. S. 1348-1350). Sparta war nicht nur selbst oligarchisch verfaßt, sondern stützte inner- und außerhalb des Peloponnesischen Bundes bestehende Oligarchien und erzwang in einigen Fällen ihre Wiedererrichtung mit militärischen Mitteln. Nach dem Sieg über Athen 404 v. Chr. übertrug der spartanische Feldherr Lysander in Athen und den mit ihm verbündeten Städten die Herrschaft oligarchischen Gremien, die durch eine spartanische Besatzung gestützt wurden. Diese Satellitenregime bestanden allerdings nur wenige Jahre (Busolt, 1926, S. 1320, S. 1324-1327).

Ohne Übertreibung läßt sich sagen, daß sowohl Athen wie Sparta ihren Verbündeten bezüglich der Verfassung nur "beschränkte Souveränität" zugestanden. Konsequenterweise setzten die in den meisten Stadtstaaten bestehenden

demokratischen Bewegungen auf atheni-sche, die Oligarchen auf spartanische Unterstützung. Interventionen der beiden Großmächte für die jeweils eigene Seite waren nicht selten. Als Athen die außenpolitischen Folgen der Niederlage im Peloponnesischen Krieg überwunden hatte, nahm es auch seine Politik des prode-mokratischen Interventionismus wieder auf.

III. Zur Theorie des Wettbewerbs der Systeme

Wettbewerb der Systeme impliziert, daß es mindestens zwei un-terschiedliche Systeme gibt. Dieser Satz verliert etwas von seiner scheinbaren Trivialität, sobald man sich daran erinnert, daß die Vor-aussetzung - internationaler Pluralismus - in vielen Regionen und wäh-rend langer historischer Perioden nicht erfüllt war. Ein Ensemble von zwei oder mehr unabhängigen, "annähernd gleich" starken, in dauern-der Interaktion stehenden politischen Verbänden - nicht notwendig Staaten im modernen Sinne - hat es nicht immer gegeben. Ein großer Teil der Menschheit hat seit der Entwicklung von Stadtkulturen in relativ sehr großen, mehr oder weniger zentralisierten Staatsgebilden gelebt. Diese Imperien waren in einigen Fällen Universalreiche, die eine ganze Region beherrschten, soweit sie verkehrs- und nachrichtentechnisch durchdringbar war, wie das chinesische und das römi-sche Imperium oder das der Inka. Aber auch diejenigen, die Universalherrschaft anstrebten, sie aber nur teilweise realisierten, wie das Perserreich der Antike oder das Zarenreich im modernen Europa, waren in ihrer politischen Ordnung durch Zentralismus, Autokratie und Ten-denz zur Uniformität charakterisiert (Wesson, 1967, S. 77-81, 198-201). Die Sowjetunion unter Lenin und Stalin stand in vielen institutionellen Merkmalen in der Kontinuität des zaristischen Vor-gängerregimes, wenn auch der Stalinsche Totalitarismus weit über die Überwachungs, Unterdrückungs- und

Manipulationstechniken der Zarenzeit hinausging (Wittfogel, 1957, S. 219-225; Pipes, 1977, S. 312-313).

Pluralismus auf der Ebene der Staatengesellschaft ist keine hinreichende, aber allem Anschein nach eine notwendige Bedingung für innerstaatlichen Pluralismus. Die einzelnen Akteure historischer Staatensysteme konnten aristokratische oder demokratische Republiken, konstitutionelle oder absolute Monarchien sein. Selbst für diese war die politische Rivalität gegenüber anderen Staaten eine Einflußgröße, die Tendenzen zu despotischer Willkür entgegenwirkte. "... at its most illiberal, pluralism implies moderation and restraint of authority and its fixation by law" (Wesson, 1978, S. 7). Das größte und in seinen Wirkungen bedeutendste war das im Mittelalter entstandene europäische Staatensystem. Pluralismus und Rivalität in diesem Staatensystem waren von ausschlaggebendem Gewicht, wie schon Max Weber feststellte, in der Entwicklung des Kapitalismus (Weber, 1923, S. 288-289; vgl. neuerdings Wesson, 1978, S. 48-51, 85-87; Jones, 1981, S. 104-126; Weede, 1989, S. 28-34). Aber nicht nur die auf Privateigentum an Produktionsmitteln beruhende Marktwirtschaft, ebenso der moderne Rechtsstaat und die repräsentative Demokratie konnten sich nur unter dieser Voraussetzung entwickeln (Wesson, 1967, S. 93-109).

Diese gleichgerichtete Entwicklung von Wirtschaftsordnung und politischer Ordnung läßt sich auch für einige ältere Staatensysteme belegen (Wesson, 1978, S. 41-60). Was an historischem Material über ältere Staatensysteme erhalten

geblieben ist, ergibt zwar nur ein lückenhaftes Bild. Einigermassen dokumentiert sind das italienische Staaten-system des 14.- 16. Jahrhunderts und das klassische Griechenland; sehr sporadisch ist die Information über China und Indien in der Zeit des Staatenpluralismus und andere, noch weniger bekannte Fälle. Aber was überliefert worden ist, verdient Beachtung, weil es zwei miteinander verknüpfte Kausalzusammenhänge belegt: Zum einen ist der Staatenpluralismus Voraussetzung des innerstaatlichen politischen Pluralismus. Zum anderen sind innerstaatlicher Pluralismus und Elemente des Rechtsstaates mit der Tendenz zur freiheitlichen Wirtschaftsordnung assoziiert. Die Euckensche "Interdependenz der Ordnungen" (Eucken, 1975, S. 180-184, 332-334) läßt sich nicht nur an den inneren Verhältnissen moderner europäischer Staaten erhärten, sondern wird auch in den älteren Fällen von Staatenpluralismus erkennbar, etwa in chinesischen Teilfürstentümern und indischen Stadtrepubliken vor ihrer Unterwerfung durch die Imperien der Ch'in und der Maurya. Wesson (1978, S. 41) resümiert den Zusammenhang: "... the division of power in the world involves internal limitation of power and a looser kind of society, which has more place for private undertakings of all kinds, private ownership, commerce, and individualism".

Die kritische Variable ist der durch den Staatenpluralismus induzierte Wettbewerb zwischen den Staaten. Staaten konkurrieren um Menschen, Kapital, auch schon früh um technisches Wissen; das geschieht nicht nur durch Ad-hoc-

Maßnahmen, sondern auch durch institutionelle Anpassungen. China in der pluralistischen Phase der "Kämpfenden Staaten" illustriert den Zusammenhang: "The ruler of one [Chinese] state abolished tariffs to stimulate business; another made an agreement with the merchants not to injure their interests, in return for which they promised not to move elsewhere. In the sixth century B. C., Lu had a special department to protect trade. War between Chin and Chou was said to have been restrained by fear of hurting trade" (Wesson, 1978, S. 45, vgl. S. 43, S. 47-51).

Zwar gehen endogene Ordnungstransformationen, sei es in Gestalt mehr oder weniger weitgehender Übernahme fremder Institutionen oder ordnungspolitischer Innovationen im engeren Sinn, häufig auf die Verschärfung sozialer Spannungen zurück. Nicht weniger wichtig sind aber partiell exogene Transformationen, die durch den Konkurrenzdruck in einem System unabhängiger, miteinander rivalisierender politischer Einheiten ausgelöst werden. Auch hier kann die Übernahme "freiwillig" erfolgen; es findet also kein Oktroi statt. Aber die Dynamik des Staatenwettbewerbs drängt - obwohl sie nicht "zwingt" - zur leistungssteigernden Anpassung im organisatorischen Bereich ebenso wie in Wissenschaft und Technik. Sie stimuliert damit die Suche nach neuen, besseren oder verbesserten alten Problemlösungen, nach institutionellen ebenso wie nach technischen Innovationen.

Ebenso wie die Darwinsche natürliche Auslese arbeitet auch der Wettbewerb der Systeme nach dem Prinzip von Versuch und

Irrtum, also jedenfalls: nicht irrtumsfrei. Die Ergebnisse bestimmter Transformationen können sich ex post als Verschlechterungen statt der erhofften Verbesserungen erweisen. Die Korrektur des Urteils über eine neuerrichtete Ordnung und der aus der Enttäuschung resultierende Konsenszerfall führen aber nicht immer kurzfristig zur Ablösung der neuen Ordnung durch die frühere oder eine dritte, noch nicht erprobte. Bestimmte, erst vor kurzem errichtete Ordnungen erweisen sich als widerstandsfähig, obwohl sie nicht durch Traditionen legitimiert werden und die anfangs in sie gesetzten Hoffnungen enttäuscht haben. Dies gilt insbesondere für solche Ordnungstypen, die starke Status-quo-Interessen einer Minderheit und eine sehr einseitige Machtverteilung zugunsten dieser Minderheit entstehen lassen. Herausragende Beispiele dafür sind die totalitären Ordnungen des 20. Jahrhunderts. In den kommunistischen Staaten Osteuropas konnte die Nomenklatura durch ihr Machtmonopol politische und Wirtschaftsordnungen noch über Jahrzehnte konservieren - notfalls mit "brüderlicher Hilfe" benachbarter Regime gleichen Typs - nachdem der anfänglich in Teilen der Bevölkerung vorhandene Konsens längst zerfallen war.

Ordnungsinnovationen, die im Wege intersozialen Lernens unter Konkurrenzdruck mehr oder weniger weite Verbreitung fanden, markieren die Phase der Entstehung des modernen europäischen Staates in der Periode des Absolutismus und Merkantilismus. Leiten der Gesichtspunkt bei der Einführung institutioneller - und aller anderen - Neuerungen war vor allem die

Stärkung des eigenen Militärpotentials. "A large part of the system's dynamic was an arms race" Jones, 1981, S. 119). Preußen war nur ein, allerdings ein besonders markanter und erfolgreicher Fall "ordnungspolitischer Aufrüstung". Zu dieser ordnungspolitischen Aufrüstung gehörten fürstlicher Absolutismus (Friedrich Wilhelms I. *rocher de bronze*) ebenso wie bedeutende Schritte in Richtung des modernen Rechtsstaates, etwa das Preussische Allgemeine Landrecht von 1794. Vorbild wurden die preussischen Reformen auch für den außenpolitischen Gegner; die österreichische Reformpolitik Josephs II. war bekanntlich in weitem Umfang durch das preussische Vorbild inspiriert.

Auch "ordnungspolitische Aufrüstung" ist weit älter als das neuzeitliche europäische Staatensystem. Zwar läßt sich die Hypothese nur unzureichend belegen, daß der Druck der Rivalität der Großmächte in einem Staatensystem generell zur Suche nach effizienteren Institutionen stimuliert, weil das historische Material für mehrere ältere Staatensysteme zu lückenhaft ist. Einen sehr frühen und verhältnismäßig gut dokumentierten Fall finden wir aber schon im chinesischen Altertum. Unter den sieben als Großmächte geltenden chinesischen Fürstentümern verdankte der Weststaat Ch'in, ähnlich wie später Preußen, sein gefürchtetes Militärpotential einer von dem Minister Wei Yang im 4. Jahrhundert v. Chr. durchgeführten Verfassungs- und Verwaltungsreform, die vor allem den fürstlichen Absolutismus stärkte und die Ressourcen des Landes viel mehr als die Rivalen in den Dienst der expansionistischen Außenpolitik stellte. Die Unterwerfung der

übrigen Staaten, wenn auch erst nach einer langen Reihe sehr blutiger Kriege, ist Ch'in schließlich auch deshalb gelungen, weil seine Rivalen weniger zu institutioneller und ideologischer Innovation oder Übernahme der in Ch'in erfolgreichen Innovationen bereit waren (Franke und Trauzettel, 1968, S. 67, S. 72).

Wenn im Wettbewerb der Systeme Produktivität, Innovationsfähigkeit und Reagibilität gegenüber Bedürfnissen und Wünschen von Bürgern und Verbrauchern allein den Ausschlag gäben, so wäre eine Verdrängung pluralistischer durch zentralisierte Ordnungen (wie in China durch Ch'in) ausgeschlossen. Ihr Wettbewerb wird aber nicht nur, jedenfalls nicht immer im Wege friedlichen Werbens um Akzeptanz, um Loyalität der Bevölkerung, sondern auch mit den Mitteln der Machtpolitik ausgetragen (Kiekmansegg, 1987, S. 587-588).

Sobald indes Anwendung oder Androhung militärischer Gewalt zum Mittel des Konfliktaustrags wird, kommt eine systembedingte Schwäche von Demokratien gegenüber nichtdemokratischen Rivalen ins Spiel. Es handelt sich um eine demokratietytische Tendenz zur suboptimalen Bereitstellung von Kollektivgütern, - als, insbesondere auch der äußeren Sicherheit. Demokratie-typisch ist diese Tendenz, weil sie sich gerade aus dem demokratischen Entscheidungsmechanismus des Mehrheitsprinzips ableiten läßt. Unterstellt man realistisch bei den Abstimmungen über die Verwendung öffentlicher Mittel Beteiligten, daß sie unterschiedlich stark an den Abstimmungsergebnissen interessiert

sind und daß nicht über das Budget als Ganzes, sondern über einzelne Verwendungskategorien, etwa Haushaltstitel, getrennt abzustimmen ist, so ist in erheblichen Umfang Stimmentausch (logrolling) zu erwarten. Wohlfahrtsökonomisch beurteilt, hat dies den Vorteil, daß die unterschiedlichen Präferenzintensitäten im resultierenden Budget berücksichtigt worden sind. Zugleich führt der Stimmentausch, soweit private Nutzeffekte von den Beteiligten dabei gegenüber Kollektivgütern präferiert werden, zu einer im Zeitablauf - über eine Serie von Mehrheitsentscheidungen - zunehmenden Reallokation öffentlicher Mittel: weg von der Bereitstellung oder Gewährleistung von Kollektivgütern wie äußere Sicherheit, hin zu meritorischen Gütern und/oder Transferleistungen (Tullock, 1959).

Der Ausgang militärischer Konflikte hängt aber nicht nur vom Umfang verfügbarer Ressourcen ab, denn überlegende Produktivität und Technologie eines modernen Industrielandes können immerhin der Unterallokation entgegenwirken, sondern oft auch vom Entscheidungs- und Mobilisierungstempo. Demokratien - je reichlicher mit institutionellen checks and balances ausgestattet, desto mehr - sind auch in dieser Dimension im Nachteil. Dies gilt in weitem Umfang, mutatis mutandis, auch für andere pluralistische Ordnungen, etwa für ständische Aristokratien. Es kommt daher für sie darauf an, es nicht kurzfristig zu einer militärischen Entscheidung kommen zu lassen. Je später es zur Entscheidung kommt, desto besser ihre Chancen, daß ihr überlegenes wirtschaftliches sowie wissenschaftlich-

technisches Potential zur Geltung kommt. In den beiden großen Systemkonflikten, die die westlichen Demokratien im 20. Jahrhundert bestanden haben, ist ihr Erfolg neben anderen Einzelfaktoren auch darauf zurückzuführen, daß es ihnen gelang, Zeit zu gewinnen. Der militärisch ausgetragene Konflikt mit dem nationalsozialistischen Deutschland dauerte lange genug, um überlegenes Produktionspotential in überlegene Rüstung umsetzen zu können. Es liegt auf der Hand, daß dieser Vorteil auch geopolitischer Natur war: Die angelsächsischen Demokratien wurden, anders als Frankreich, durch geographische Isolation vor den Folgen ihrer systembedingten anfänglichen Schwäche geschützt. In dem zweiten Systemkonflikt kam es, in erster Linie wegen der Präsenz der Kernwaffen, überhaupt nicht zu einem militärischen Austrag großen Maßstabs, sondern nur zu begrenzten oder Stellvertreterkriegen. Damit aber konnte, je länger das mehr oder weniger friedliche Nebeneinander der rivalisierenden Ordnungen andauerte, statt der militärischen Entscheidung eine Entscheidung durch Beeinflussung von Mentalitäten und Wertungen der Bevölkerungen erfolgen. In einem solchen Wettbewerb sind zentralisierte Systeme langfristig im Nachteil. Je länger und gründlicher Kenntnisse der systembedingt verschiedenen Lebensverhältnisse sich bei den Bevölkerungen diesseits und jenseits verbreiten, desto bessere Möglichkeiten kritischen Vergleichs eröffnen sich. Langfristig erfolgt dadurch eine Unterminierung des Minimalkonsenses, den

zentralisierte Ordnungen wie alle anderen brauchen (Kammler, 1990, S. 51-53).

Dies schließt nicht aus, daß sie kurzfristig Proselyten gerade unter den Intellektuellen pluralistischer Gesellschaften finden. Damit tritt neben der Tendenz zur Unterallokation im Bereich der äußeren Sicherheit und zur Verzögerung von Entscheidungen eine weitere prinzipielle Schwäche freiheitlicher Ordnungen ins Blickfeld. Zentralisierte, hierarchisch geordnete Gesellschaften entwickeln eine Attraktivität eigener Art für diejenigen, die ihre Nachteile nicht oder nur aus großer Distanz erleben. Die scheinbare Transparenz ihrer Organisation, die Einfachheit ihres Strukturprinzips, machen sie für einen - oft mit Ästhetizismus gepaarten - konstruktivistischen Rationalismus attraktiv, der auch Gesellschaftsordnungen nach dem Vorbild des klassischen (deterministischen) Konzepts des Mechanismus interpretiert (siehe dazu Deutsch, 1966, S. 20-30; Popper, 1962, S. 157-168; Hayek, 1988, S. 48-65). Auch dadurch - und nicht nur durch die unbestrittene Empörung über das Arbeiterelend im Frühkapitalismus - läßt sich die heute kaum verständliche Faszination westlicher Intellektueller durch das utopische Experiment des Sowjetstaates erklären ("I have seen the future, and it works"; vgl. Kaltenbrunner, 1975), ebenso aber auch die Faszination westlicher Intellektueller des 17. und 18. Jahrhunderts durch die - stark idealisiert wahrgenommene - Gesellschaftsordnung Chinas unter den ersten Kaisern der Ch'ing-Dynastie (Franke, 1962): Selbst nach Leibniz. Auffassung sollte

"die schriftliche Fixierung aller Sitten und Gesetze und gesellschaftlicher Einrichtungen (Chinas) ... schließlich zu einem Modell für Europa werden" (Widmaier, 1991, S. N4). Diese intellektuelle Chinoiserie hat sich seit Mitte der sechziger Jahre wiederholt, jetzt aber mit Bezug auf die totalitäre Gesellschaft Chinas unter Mao (vgl. Koenen, 1990).

Der appeal zentralisierter Ordnungen liegt somit größtenteils in ihrer Einfachheit, ihrer scheinbaren Transparenz. Es erscheint transparent, daß von einer Instanz Anordnungen gegeben werden, die andere Instanzen ausführen. Daß Monarchie als Regierungsform so weit verbreitet - und selbst in modernen Republiken noch weithin populär - ist, läßt sich auch auf diese Transparenz zurückführen. "The nature of a constitution, the action of an assembly, the play of parties, the unseen formation of a guiding opinion, are complex facts, difficult to know, and easy to mistake. But the action of a single will, the fiat of a single mind, are easy ideas: anybody can make them out, and no one can ever forget them" (Bagehot, 1928, S. 30). Auch Zentralverwaltungswirtschaft ist in diesem Sinne einfacher, nämlich in ihren Funktionsprinzipien transparenter. Die überlegene Leistungsfähigkeit von Marktwirtschaften andererseits; beruht auf einem oft schwer oder gar nicht durchschaubaren Ineinandergreifen von Entscheidungsprozessen, die durch Preisänderungen als Knappheitssignale dezentral gesteuert werden, letztlich auf dem Nutzbarmachen mehr oder weniger weit verstreuten, meist partikulären, nicht-nomologischen Wissens, das

der "Wettbewerb als Entdeckungsverfahren" zuwegebringt (Hayek, 1978, S. 179-180). Bemerkenswert ist, daß somit auch die pluralistischen Ordnungen unter Anpassungsdruck durch die Vorbild-wirkung totalitärer oder subtotalitärer Rivalen geraten können. Diese Vorbildwirkung kann allerdings nur so lange anhalten, wie die tatsäch-lichen Lebensverhältnisse unter solchen Ordnungen nicht allzu genau bekannt sind; sie unterliegen der Erosion, wenn gewisse Details sich nicht mehr übersehen oder eskamotieren lassen.

Pluralistische Ordnungen, die in viel weiterem Umfang auf mitein-ander verknüpfte Selbststeuerungsmechanismen bauen, sind notwen-dig komplexer als zentralisierte Ordnungen. Nicht nur darin, aber auch und gerade darin ist ihr Leistungsvorteil, aber auch ihre poli-tische Schwäche begründet. Größere Komplexität bedeutet nicht im-mer, aber häufig größere Effizienz. Aus ganz verschiedenen Wissens-gebieten ist der Sachverhalt geläufig, daß komplexere Arrangements einfacheren überlegen sein können. Beispielsweise wird in vielen Fäl-len die Entstehung einer chemischen Verbindung zweier Elemente durch die Beteiligung eines dritten Elements - eines "Katalysators" - beschleunigt, das selbst nicht in die Verbindung eingeht. Aus der ökonomischen Theorie ist Böhm-Bawerks Prinzip der "Mehrergiebig-keit produktiver Umwege" bekannt: Die Erzeugung von Investitions-gütern ermöglicht eine insgesamt höhere Bereitstellung von Konsum-gütern, als wenn alle verfügbaren Produktionsfaktoren

unmittelbar für die Erzeugung von Konsumgütern eingesetzt würden.

Es ist zu erwarten und wird durch Erfahrungen bestätigt, daß komplexere Arrangements nicht immer effizienter sind. Sie unterliegen aber einer Selektion und werden von effizienteren Institutionen verdrängt, wenn sie dem Wettbewerbsdruck lange genug ausgesetzt werden. Dies geschieht langfristig zunehmend dadurch, daß ihre Unterlegenheit - sei es auch in einem Prozeß schmerzhaften Umlernens - erkannt wird und diese Erkenntnis auch Konsequenzen in ihrer Substitution durch Alternativen hat. Erst diese immer wiederholte Aussiebung im Wettbewerb der Institutionen führt zu einer Präponderanz sowohl komplexer wie auch effizienter Ordnungselemente. Einzelne dieser Ordnungselemente können weitgehend geplant gewesen sein; in ihrem Zusammenspiel sind sie weit mehr, mit dem Ausdruck Adam Fergusons, "the result of human action but not of human design" (zitiert bei Hayek, 1973, S. 20). Nicht einmal die Gesamtheit der Wirkungen einzelner Ordnungselemente, erst recht nicht die eines aus ihnen neu kombinierten Ensembles kann ex ante erkannt und vorausgesagt werden.

Zusammen mit der notwendigen Ungleichheit von Einkommen, Vermögen, Status und Einfluß, die eine pluralistische, auf Selbststeuerung beruhende Ordnung unvermeidlich erzeugt, bildet die Intransparenz ihrer Arbeitsweise ein Moment ihrer politischen Schwäche. Weil die Signalfunktion von Preisunterschieden in, einer Marktwirtschaft oft unzureichend

verstanden wird, fehlt oft auch die Bereitschaft, ihre Wirkungen - insbesondere die Wirkungen auf Faktorpreise wie Lohn und Zins und die dadurch implizierte Ungleichheit von Einkommen - als unentbehrlich für die nur so erreichbare Effizienz der Ressourcennallokation hinzunehmen.

Demokratie und Marktwirtschaft sind im übrigen ebenso wie andere realisierte Ordnungen - nicht dauernd, aber immer wieder - Gefahren ausgesetzt, die daraus resultieren, daß ihre Leistungen nicht mit denen der real möglichen Alternativordnungen verglichen werden, sondern mit idealisierten Vorstellungen, die irgendwo realisiert worden sind - also im Wortsinne mit "Utopien". Durch derartige Vergleiche werden Leistungsdefizite freiheitlicher Ordnungen vorgespiegelt, die verschwinden oder zu Aktivsaldo werden müßten, sobald mit realisierbaren Alternativen verglichen würde: zum Beispiel nicht mit einer vollkommenen "Gesellschaft der Freien und Gleichen", sondern mit dem real existierenden Sozialismus, wie er bis vor kurzem in ost-europäischen Ländern anzutreffen war. In der seit Generationen betriebenen "Gesellschaftskritik" dagegen wurde - wenn die Metapher erlaubt ist - nicht selten die Effizienz einer realen Maschine mit der eines perpetuum mobile verglichen.

IV. Neue Rivalen?

Die bisherige Untersuchung hat zweierlei ergeben: daß Wettbewerb der Systeme, auch als Bestimmungsgröße der außenpolitischen Strategie rivalisierender Großmächte, bereits lange vor dem Ost-West-Konflikt wiederholt die internationale Politik geprägt hat, und daß pluralistisch-freiheitliche gegenüber zentralisierten Ordnungen zwar auf lange Sicht überlegen, trotzdem aber immer wieder endogen durch Konsensverlust, insbesondere die intellektuellen Schichten, und exogen wegen einer Tendenz zur Unterallokation für die Gewährleistung äußerer Sicherheit und zur Verzögerung politischer Entscheidungen bedroht sind. Wo es Freiheit gab, war sie kein freies Gut. Und jetzt? Sind seit 1989 Bedrohungen durch äußere oder innere Gegner für die freiheitlichen Ordnungen Probleme der Vergangenheit?

Ähnlich wie nach den beiden Weltkriegen gibt es auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts Hoffnungen auf dauerhaften Frieden. Oft wird als ein Grund solcher Hoffnungen angesehen, daß mit der Niederlage des Kommunismus als messianischer Ideologie die letzte große Alternative zur westlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung verschwunden sei. Es gebe keinen Herausforderer mehr. Eine vieldiskutierte Arbeit, in der diese Position vertreten wird, trägt den Titel "The End of History?" (Fukuyama, 1989). Solche euphorischen Stellungnahmen

verdienen eine nüchterne Prüfung. Die Aussichten auf dauerhaften Frieden werden einstweilen unter anderem dadurch getrübt, daß die Auflösung kommunistischer Herrschaftsgebilde viele bisher unterdrückte Nationalitätenkonflikte virulent werden läßt (vgl. Huntington, 1989, S. 6-8). Dies geschieht, wie die Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien zeigt, auch außerhalb des bis 1989 sowjetisch beherrschten Teils Osteuropas. Andererseits kann kein Zweifel bestehen, daß die Selbstbehauptungs- und Ausbreitungschancen von Demokratie und Marktwirtschaft seit 1989 weltweit gewachsen sind. Aber heißt das auch, daß es in absehbarer Zukunft keine Herausforderung mehr geben wird, wie es zuletzt die durch den Weltkommunismus war?

Die erfolgreiche Selbstbehauptung im Ost-West-Konflikt, die Übernahme westlicher Wert- und Ordnungsvorstellungen in bis 1989 kommunistischer Ländern Mittel- und Osteuropas läßt viele Europäer und Amerikaner übersehen, daß auch außerhalb noch übriggebliebener kommunistischer Staaten wie China, Kuba oder Nordkorea diese Wert- und Ordnungsvorstellungen auf entschlossene Ablehnung stoßen. Ein Hauptelement des "Fundamentalismus", den es als Massenbewegung vor allem - aber nicht ausschließlich - in islamisch geprägten Ländern gibt, ist genau diese Ablehnung des westlichen Musters. Aber einstweilen zeichnet sich nicht ab, daß daraus ideologisch attraktive, machtpolitisch ernstzunehmende Rivalen des Westens entstehen könnten, die mit der braunen oder roten Variante des modernen Totalitarismus auf eine Stufe zu stellen wären (Plattner, 1991, S. 43-

44). Immerhin könnte man sich erinnern, daß die Ideologien beider Varianten nicht orientalischer, sondern westlicher Herkunft waren. Dann liegt auch die Frage nahe, ob innerhalb westlicher Länder die Bedingungen, aus denen die untergegangenen totalitären Regime entstanden sind, heute fortgefallen sind oder noch weiter bestehen.

Zweifellos fehlen heute einige dieser Bedingungen. Beispielsweise erlebt kein westliches Industrieland gegenwärtig einen gesellschaftlichen und politischen Umbruch, wie ihn Deutschland und Rußland ab 1914 erlebt haben. Eine andere Wurzel revolutionärer Ideologie und totalitärer Programmatik ist indes nicht abgestorben. Sie ist großenteils ein indirekter Effekt der Eigendynamik freiheitlicher Ordnungen. Dieser Effekt entsteht daraus, daß die Mitglieder einer offenen Gesellschaft unvermeidlich unter zwei heterogenen Regelsystemen leben, den Regeln der freiheitlichen und notwendig unpersönlichen Ordnungen und denen der Kleingruppe - der Familie, eines Freundeskreises, der Nachbarschaft. Beide Regelsysteme sind unentbehrlich, aber partiell im Konflikt miteinander. Diesen immer wieder auftretenden Konflikt divergierender Normen hat Karl Popper schon vor fünfzig Jahren als Hintergrund der Entstehung totalitärer Entwürfe identifiziert; er nennt die als belastend, oft sogar schmerzhaft empfundene Erfahrung dieses Normenkonflikts *the strain of civilization* (Popper, 1962, S. 171). Je stärker das Zusammenleben durch abstrakte Regeln und individuelle Entscheidungen bestimmt wird, desto mehr hat es den

Charakter der modernen - bei Popper: der "offenen" - Gesellschaft und desto spürbarer wird die Belastung durch den Normenkonflikt. Soweit das "Leiden an der Gesellschaft" ihrer Offenheit und Liberalität zugerechnet wird, ergibt sich ein Motiv der intellektuellen Revolte und der Konstruktion totalitärer Programme. Diese Reaktion auf den strain of civilization gibt es nicht erst in der Neuzeit, sondern schon in den offenen Gesellschaften der griechischen Antike: Platons "Staat" - ein Hauptthema des Popperschen Werkes - ist ganz ebenso, ein Versuch, einen Ausweg aus dem Normenkonflikt durch totalitäre Umgestaltung der Gesellschaft zu weisen wie viele der revolutionären Ideologien seit der Renaissance. Ähnlich Popper, führt Hayek die Revolte gegen den extended order (synonym mit Poppers open society) auf den als Belastung erlebten Normenkonflikt zurück. Klarer als Popper, der vor, einer Entscheidung für oder gegen eine der beiden Seite spricht, sieht Hayek die tragische Unausweichlichkeit des Konflikts: "If we were to apply the unmodified, uncurbed, rules of the micro-cosmos (i.e., of the small band or troop, or of, say, our families) to the macrocosmos (our wider civilization), as our instincts and sentimental yearnings often make us wish to do, we would destroy it. Yet if we were always to apply the rules of the extended order to our more intimate groupings, we would crush them. So we must learn to live in two sorts of world at once" (Hayek, 1988. S. 18).

An der Treffsicherheit der Diagnose kann kaum gezweifelt werden. Popper und Hayek sprechen von einem Sachverhalt, der

schon viel früher erkannt, beschrieben und wiederholt diskutiert worden ist, etwa in der Auseinandersetzung um Tönnies' "Gemeinschaft und Gesellschaft" (Tönnies, 1887). Hayek weist zu Recht darauf hin, daß schon Mandeville und Hume das Problem erkannt hatten (Hayek, 1988, S. 12-13). Das Problem aber, und damit ein starkes Motiv der intellektuellen Revolte gegen die offene Gesellschaft, besteht auf unabsehbare Zeit weiter.

Wenn und soweit dies zutrifft, bleiben die Marktwirtschaft und die repräsentative Demokratie trotz ihrer Leistungsüberlegenheit einer endogenen Gefährdung ausgesetzt. Es muß auch für die Zukunft damit gerechnet werden, daß es eine intellektuelle "Opposition zum System" geben wird. Dies läßt sich nicht verhindern, schon deshalb nicht, weil sie oft schwer von der notwendigen "Opposition im System" zu unterscheiden ist. Ebenso ist damit zu rechnen, daß Opposition zum System auch in Zukunft in langanhaltenden Krisen zur Massenbewegung werden kann. Die mehr oder weniger utopischen Zielvorstellungen werden kaum noch einmal als "Sozialismus" etikettiert werden. Aber am Etikett liegt wenig. Die "Prinzipnachteile" freiheitlicher Ordnungen zu verschweigen besteht kein Grund. Im Gegenteil: Wer aus guten Gründen die Lebenserwartung solcher Ordnungen maximieren möchte, sollte sie offen ansprechen: einmal, um gerade möglichst wenig Aufkommen utopisch-perfektionistischer Erwartungen und - danach nur natürlich - Enttäuschung und "Verdrossenheit" zu riskieren, zum anderen, um eine möglichst umfassende Suche

nach Möglichkeiten institutioneller Kompensation dieser Nachteile anzuregen.

Für die stabile Legitimität freiheitlicher Ordnungen ist eine adäquate Ausgestaltung des institutionellen Rahmens wesentlich. Das Programm - aber bisher nur zum Teil die Praxis - einer ordnungskonformen Sozialpolitik, aber auch einer Kontrolle von Vermachtungstendenzen durch Wettbewerbspolitik unterscheiden die Konzeption der sozialen Marktwirtschaft vom Laissez-faire-System des 19. Jahrhunderts. Ebenso unterscheidet die Bonner Demokratie sich von ihrer Weimarer Vorgängerin durch institutionelle Innovationen, die ihr zu stärkerer Legitimität und höherer Stabilität verholfen haben: die dem Parlamentarismus konforme Trennung der Funktionen von Staatsoberhaupt und Regierungschef, die Unterstützung der Arbeitsfähigkeit des Parlaments durch das Wahlrecht, das die Parteienzersplitterung in Grenzen hält, und die Stabilisierung der Regierung durch das konstruktive Mißtrauensvotum. Dies sind Ansätze, deren unbezweifelbarer Erfolg nicht übersehen lassen sollte, daß mit ihnen die Möglichkeiten einer Stabilisierung durch adäquat gestaltete Institutionen keineswegs ausgeschöpft sind.

Das in den letzten Jahren wieder zunehmende Tempo der europäischen Integration legt eine weitere Überlegung nahe. Die Realisierung der in der westlichen Welt vorherrschenden Wert- und Zielvorstellungen hängt selbstverständlich davon ab, daß sich freiheitliche Ordnungen im Wettbewerb mit autokratischen behaupten. Sie hängt aber auch - für viele weniger

selbstverständlich - davon ab, daß freiheitliche Ordnungen weiterhin untereinander in Wettbewerb treten können, und insbesondere: daß sie dies auch gerade mit voneinander abweichenden institutionellen Details tun können. Das impliziert ein erhebliches Maß an ordnungspolitischer Gestaltungsmöglichkeit innerhalb des für alle geltenden freiheitlichen Grundmusters.

Eines der Motive der europäischen Einigungspolitik war und ist es, daß die Vorteile der Größe statt durch imperiale Expansionspolitik durch den freiwilligen Zusammenschluß realisiert werden können, und dies ohne die Opfer und Leiden, die Expansion mit militärischen Mitteln erfordert. Das trifft zu; aber es trifft auch für die Nachteile der Größe zu. Wie weit diese Nachteile eintreten, wird auch vom Detail des Zusammenschlusses bestimmt, insbesondere davon, wieviel Subsidiarität und damit institutionelle Vielfalt er in der zukünftigen politischen Praxis ermöglicht. Bisher scheint Subsidiarität eher Lippenbekenntnis als maßgebendes Kriterium der Kompetenzverteilung im Integrationsprozeß zu sein (wie etwa die europäische Technologiepolitik illustriert; siehe dazu Starbatty, Schäfers und Vetterlein, 1990). Daher hängen Wert und Wünschbarkeit des Fortgangs der europäischen Integration erheblich davon ab, welche Richtung sie hier einschlägt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auf der Ebene der europäischen Union der Fehler zu starker Zentralisierung und zu weitgehender Vereinheitlichung wiederholt wird, den einzelne europäische Nationen auf der nationalstaatlichen Ebene begangen haben. Es ist beispielsweise

•

nicht einzusehen, weshalb in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft das gleiche Aktienrecht gelten müßte; das oft genannte Vorbild der USA beweist das Gegenteil. Die Kreativität und die Vitalität des künftigen Europa werden entscheidend auch davon abhängen, ob es einem solchen internen Wettbewerb der Systeme genügend Raum gibt. Wäre dies gewährleistet, dann würde damit Wilhelm Röpkes - schon 1958 geäußerte - Befürchtung widerlegt, die Europäische Gemeinschaft werde ein Instrument des Zentralismus, der Bürokratisierung und der Uniformität (Röpke, 1979, S. 362-367). Nichts wäre dem großen Liberalen Röpke willkommener gewesen, als mit seiner Befürchtung nicht recht zu behalten. Und für das Europa von morgen ließe sich nichts Besseres wünschen.

•

Literatur

Bagehot, Walter, *The English Constitution*, Oxford 1928.

Busolt, Georg, *Griechische Staatskunde*, 2. Hälfte, München 1926.

Deutsch, Karl W., *The Nerves of Government*, New York 1966.

Eucken, Walter, *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, Jena 1940.

Eucken, Walter, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 5. Aufl.,
Tübingen

1975.

Franke, Herbert, und Rolf Trauzettel, *Das Chinesische Kaiserreich*,
Frankfurt am Main 1968.

Franke, Wolfgang, *China und das Abendland*, Göttingen 1962.

Fukuyama, Francis, "The End of History?", *The National Interest*,
No.

16, Summer 1989, S. 3-18.

Hayek, F.A., *The Fatal Conceit*, London 1988.

Hayek, F.A., *Law, Legislation, and Liberty*, Vol. I, Chicago 1973.

Hayek, F.A., *New Studies in Philosophy, Politics, Economics, and
the*

History of Ideas, Chicago 1978.

Hempel, Carl G., "Typologische Methoden in den
Socialwissenschaften-

ten", in: Ernst Topitsch (Hrsg.), *Logik der
Sozialwissenschaften*,

Köln 1965, S. 85-103.

Huntington, Samuel P., "No Exit: The Errors of Endism", *The Nutional*

Interest, No. 17, Fall 1989, S. 3-11.

Jones, E. L., *Growth Recurring*, Oxford 1988.

Jones, E. L., *The European Miracle*, Cambridge 1981

Kaltenbrunner, Gerd-Klaus (Hrsg.), *Radikale Touristen*, München 1975.

Kammler, Hans, "Interdependenz der Ordnungen: Zur Erklärung der

osteuropäischen Revolutionen von 1989" *ORDO*, Bd. 41 (1990), S.

45-59.

Kielmansegg, Peter Graf, "Der demokratische Verfassungsstaat im Wettbewerb der Systeme", in: Manfred Funke, Hans-Adolf Jacob-

sen, Hans-Helmuth Knütter, Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Demok-*

ratie und Diktatur, Düsseldorf 1987, S 581-597.

Koenen, Gerd, "Unsere kleine deutsche Kulturrevolution", in: Ulrich

Menzel, *Nachdenken über China*, Frankfurt am Main 1990, S. 242-

253.

Pipes, Richard, *Russia under the Old Regime*, Harmondsworth 1977.

Plattner, Marc F., "The Democratic Moment", *Journal of Democracy*,

Vol. 2, (1991), No. 4, S. 34-46.

Popper, Karl R., *The Open Society and Its Enemies*, Vols. I-II. 4th ed.,

London 1962.

Röpke, Wilhelm, *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, 5. Aufl., Bern

1979.

Rüstow, Alexander, *Ortsbestimmung der Gegenwart*, Dritter Band, Er-

lenbach-Zürich und Stuttgart 1957.

Schumpeter, Joseph A., *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, 2.

Aufl., Bern 1950.

Starbatty, Joachim, Manfred Schäfers und Uwe Vetterlein, "Europäi-

sche Technologiepolitik: Entwicklungslinien und Einwirkungsmöglichkeiten aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland", *ORDO*, Bd. 41 (1990), S. 131-150.

Tönnies, Ferdinand, *Gemeinschaft und Gesellschaft*, Leipzig 1887.

Tullock, Gordon, "Problems of Majority Voting", *Journal of Political Economy*, Bd. 67 (1959), S. 571-579.

Vaubel, Roland, *Die Politische Ökonomie der wirtschaftspolitischen Integration in der Europäischen Gemeinschaft*, Arbeitspapier,

Jahrestagung Neue Politische Ökonomie, 25.-27. 9. 1991,
Akade-

mie Eichholz.

Weber, Max, *Wirtschaftsgeschichte*, Tübingen 1923.

Weede, Erich, Ideen Ideologie und politische Kultur des Westens,
Zeit-

schrift für Politik, 36. Jg. (1989), S. 27-43.

Wesson, Robert G., *The Imperial Order*, Berkeley 1967.

Wesson, Robert G., *State Systems*, New York 1978.

Widmaier, Rita "Eine Kultur, älter als die Sintflut: Leibniz und sein
großes Projekt eines Wissenschaftsaustausches mit China",
Frank-

furter Allgemeine Zeitung, Nr. 302, 31. 12. 1991, S. N2-N4.

Wittfogel, Karl A., *Oriental Despotism*, New Haven 1957.